

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Hermann Wimmer MdB zur erneut angekündigten Agrarsozialreform: Kommt sie, kommt sie nicht...?

Seite 1

Gernot Erler MdB zur organisierten Kriminalität in Osteuropa und der GUS: Der aufhaltsame Aufstieg der Mafia-Ost.

Seite 2

Elke Leonhard MdB zur Bedrohung durch unkontrollierten Waffenhandel: Globales Umdenken bei Rüstungsexporten nötig.

Seite 4

48. Jahrgang / 74

20. April 1993

Agrarsozialreform: Kommt sie, kommt sie nicht...? Es droht die Fortsetzung der Gliefkannen-Sozialpolitik

Von Hermann Wimmer MdB

Bundesminister Borchert hat erneut angekündigt, daß 'in Kürze ein Kabinettsbeschluß' zur Agrarsozialreform zu erwarten sei. Leider hat niemand gezählt, wie oft in den letzten zehn Jahren eine solche Ankündigung ergangen ist - bekanntlich wurde der "Diskussionsentwurf" des letzten Jahres am 9. Dezember 1992 kurzfristig von der Kabinettsbesprechung abgesetzt. Nun soll offenbar ein wieder mal überarbeiteter Entwurf vorgestellt werden.

Man darf gespannt sein, welche Arbeit die zuständigen Referate in BML und BMA auf Geheiß der Koalitionsarbeitsgruppe leisten mußten. Es muß ganz klar festgestellt werden, daß die SPD-Bundestagsfraktion wesentliche Teile des bisherigen "Diskussionsentwurfes" nicht mittragen wird. Viele im Ansatz gute Elemente wurden durch die konkrete Gestaltung in ihr Gegenteil verkehrt. Nur einige Beispiele:

Die ursprünglich vorgesehene Einkommensobergrenze für die Beitragszuschüsse von 56.000 DM beziehungsweise 112.000 DM (Ledige/Verheiratete) war zu hoch. Oder ist die Koalition tatsächlich der Auffassung, daß auch noch Landwirte mit zum Beispiel 100.000 DM im Jahr zusätzliche Bundesmittel für ihre Alterskassenbeiträge benötigen?

Bei der Ermittlung der Einkommen zur Bemessung der Beitragszuschüsse teilen wir die Auffassung des Berufsstandes, daß hier die Summe der positiven Einkünfte zugrundegelegt werden muß. Allerdings sollten endlich die Ersatzmaßstäbe entfallen, und das landwirtschaftliche Einkommen ausschließlich durch Buchführung ermittelt werden.

Die Zuschußberechtigung muß bei Ehegatten nicht getrennt, wie bisher vorgesehen, sondern unter Heranziehung des gemeinsamen Einkommens geprüft werden. Anderenfalls entstehen in erheblichem Umfang ungerechtfertigte Vorteile. Warum soll die bisher als Hausfrau tätige Gattin eines gutverdienenden Selbständigen, der nebenbei noch einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb betreibt, für nur 50 DM im Monat den Anspruch auf eine Altersrente von rund 800 DM im Monat erwerben können?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner:
Antenne-Verlag
Köln



Eine rückwirkende Berücksichtigung von Ehejahren mit landwirtschaftlichen Unternehmern als Beitragsjahre (nachträgliche deutliche Erhöhung der Anwartschaften) bei den Landfrauen führt gleichfalls zu groben Ungerechtigkeiten gegenüber dem "Rest" der Bevölkerung. Wie will die Regierungskoalition diesen Plan zum Beispiel gegenüber den Ehefrauen von Handwerkern begründen? Die sicher notwendige eigenständige soziale Sicherung für die im Familienbetrieb tätigen Landfrauen mit eigenen Beiträgen kann aus unserer Sicht schon aus Gründen der Gleichbehandlung nur für die Zukunft aufgebaut werden. Daß hierzu Übergangsregelungen für diejenigen Landfrauen geschaffen werden müssen, die aus Altersgründen die Anspruchsvoraussetzungen nicht mehr erfüllen können, ist selbstverständlich.

Darüber hinaus muß die Koalition eine solide Finanzierung der Reform vorlegen, die die innerlandwirtschaftliche Solidarität ausreichend berücksichtigt, und die eine vernünftige Übertragung der Alterssicherung der Landwirte auf die neuen Länder ermöglicht.

Die SPD wird, wenn ein Gesetzentwurf vorliegt, sorgfältig und zügig mitberaten, damit endlich einmal die Agrarsozialpolitik grundlegend neu geordnet wird. Eine Fortführung oder gar eine Erweiterung der bisherigen Gießkannen-Sozialpolitik oder ein "5. ASEG" als Minimallösung sind mit uns jedoch nicht zu machen.

(-/20. April 1993/ks/ks)

Der aufhaltsame Aufstieg der Mafia-Ost **Organisierte Kriminalität in Osteuropa und der GUS**

Von Gernot Erler MdB

1992 stieg die Zahl der registrierten Verbrechen in der Russischen Föderation auf 2.760.652, ein Plus von 27 Prozent gegenüber dem Jahr 1991. Schon 1991 war die Zahl um 18 Prozent gewachsen. Im letzten Jahr stiegen die Eigentumsdelikte, illegaler Drogenhandel und Schutzgelderpressung (russisch: "racket") sogar um 50 Prozent, Schußwaffendelikte gar um 100 Prozent. Auch die Zahl der Raubüberfälle auf Ausländer vermehrte sich um die Hälfte. Die Stadt Moskau registriert zur Zeit täglich 200 schwere Verbrechen.

Kein Wunder, daß im gegenwärtigen "Wahlkampf" um das Referendum am 25. April das Thema Innere Sicherheit täglich mehr in den Vordergrund rückt. Allerdings leidet nicht nur die russische Bevölkerung unter der Explosion der Kriminalität. Überall in Osteuropa wuchert die Zahl der Delikte als Begleiterscheinung der Transformationsprozesse. In Polen gibt die Autoschiebermafia den Ton an: nachdem sie den polnischen Markt mit zuletzt 30.000 Luxuswagen pro Jahr bereits gesättigt hat, verlegt sie sich jetzt auf die Verschlebung in GUS-Staaten. In Ungarn verschwinden auch viele West-Autos, es häufen sich aber auch die Klagen über professionelle Kunstdiebstähle und gezielte Wohnungseinbrüche. Die Tschechische und Slowakische Republik entwickelt sich zum Zentrum für Drogenumschlag und Geldwäsche. In all diesen Ländern steht derzeit eine verunsicherte, schlecht bezahlte und daher gegen Korruption nicht gefeierte Exekutive auf verlorenem Posten einer immer besser geschulten organisierten Kriminalität gegenüber.

In Rußland hat sich die Mafia längst das Vakuum erobert, das die absterbenden alten Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen hinterlassen haben. Man schätzt, daß heute 30 - 40 Prozent des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in der Kontrolle von kriminellen Vereinigungen liegen, die sich in 5.000 Banden organisiert haben (Mitte 1992 waren es noch 3.000). Folgende besondere Kennzeichen des organisierten Verbrechens lassen sich in Rußland beobachten:

- die landsmannschaftliche Diversifizierung der Bandenkriminalität: z.B. kontrollieren die Mittelasiaten den Drogenhandel, in Sanktpetersburg steht praktisch jedes Restaurant unter dem Schutz aserischer (= aus Aserbaidschan stammender) Banden und in Moskau organisieren die Tschetschenen den Straßenhandel. Nie sind die Gerüchte verstummt, daß ihr verborgenes Haupt Parlamentspräsident Ruslan Chasbulatov ist, der, selber Tschetschene, sich bis vor kurzem von einer 2.000köpfigen Wache beschützen ließ, die sich vornehmlich aus Angehörigen dieses Kaukasus-Stammes zusammensetzte.
- die spezielle Gewaltrolle von Veteranen der ehemaligen Roten Armee: entwurzelte Afghanistan-Vets, häufig in besonderen Killerkommandos ("specnac") ausgebildet, stellen gerne den exekutierenden Teil der kriminellen Banden. Die Waffen kommen auch aus der Armee (1992 verschwanden aus deren Beständen allein 25.000 Feuerwaffen).
- die Ausbreitung der Korruption bis in höchste Ränge: gegenwärtig laufen Ermittlungen gegen nicht weniger als 30.000 Beamte. Politische Karrieren werden häufig zur Anbahnung lukrativer Geschäfte jenseits der Legalität genutzt. In Mittelasien beteiligen sich Regierungen direkt am Drogenhandel.

Diese Entwicklung in den GUS-Staaten und in Osteuropa hat die internationale Verbrechensbekämpfung weit zurückgeworfen. Der Osten gilt heute als ideales Terrain zur Waschung von Mafia- und Drogengeldern. Querverbindungen zum Medellin-Kartell und zur italienischen Mafia lassen sich nachweisen. Mangelnde Kontrollen und ein erst im Entstehen begriffenes Banken-Geld-System locken das illegal erworbene Kapital im großen Stil an. Osteuropa bekommt aber auch im Drogenkonsum und im Drogenumsatz eine wachsende Bedeutung. Allein in Rußland hat sich die Zahl der Drogenabhängigen in den letzten Jahren von 1,5 auf 7,5 Millionen vervielfacht. Im Kaukasus werden 4,5 Millionen ha Land mit Drogenpflanzen bebaut. Man rechnet damit, daß sich die Produktion synthetischer Drogen derzeit etabliert. Kaum kontrollierte Grenzen und staatliche Korruptionsbereitschaft laden Händler mit heißer Ware aus Nahost zum Umweg über den Osten ein.

Ein Sonderfall ist Polen, wo sich neben dem Anstieg der eigenen organisierten Kriminalität in auffälliger Weise die russische Mafia ausgebreitet hat. Sie ignoriert in einem solchen Ausmaß die polnischen Behörden, daß Analytiker des BND sogar eine "Gefahr für die Souveränität des Landes" ausgemacht haben. Dieser Umstand ist für die gegenwärtige Asyldebatte von Bedeutung. Asylrechtlich stuft die Bundesregierung Polen als "sicheres Drittland" ein. Tatsächlich aber müssen bislang noch die polnischen Sicherheitskräfte zugeben, daß sie Flüchtlinge aus der GUS in keiner Weise vor dem Zugriff der Russen-Mafia, die ihrerseits Querverbindungen zur russischen Politik pflegt, schützen kann. Sollte es einmal einen größeren Strom echter politisch Verfolgter aus Rußland geben (leider kann man diese Möglichkeit heute nicht ausschließen), könnte sich das "sichere Drittland" Polen in Verbindung mit dem neuen deutschen Asylrecht als tödliche Falle erweisen.

Der Druck des organisierten Verbrechens aus dem Osten macht nicht an Polens Grenzen Halt. Österreich gilt als gefährdet und verzeichnete zuletzt einen Anteilanstieg des organisierten Verbrechens von 15 auf 25 Prozent. Weitere Zielländer sind Deutschland, England und Luxemburg. Einzelmaßnahmen, wie zum Beispiel eine deutsche Polizeiausstattungshilfe für Polen, werden diesen Wucherungen keinen Einhalt bieten. Es gibt nur eine Möglichkeit, diese für uns gefährliche Entwicklung zu verlangsamen, und das ist eine Verstärkung aller Bemühungen zur Stabilisierung der ökonomischen und politischen Situation in Osteuropa und den GUS-Staaten. Nicht nur, aber auch wegen des unheimlichen Wachstums der organisierten Kriminalität im Osten müßte dieses Ziel höchste Priorität für die deutsche Politik haben.

(-/20. April 1993/ks/ks)

Globales Umdenken bei Rüstungsexporten nötig
Rüstungsexportkontrolle ist die bessere Friedenspolitik

Von Dr. Elke Leonhard MdB
Außenwirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Spätestens das Beispiel Irak hat der Welt mit aller Klarheit verdeutlicht, welche Bedrohung von hemmungslosen Waffenverkäufen und einer unkontrollierten Aufrüstung für den Weltfrieden ausgeht. Die Verantwortung für derartige Eskalationen und den Mißbrauch von Waffen trifft in erster Linie auf die Hersteller und Verkäufer.

Hier das Argument des freien Welthandels ins Spiel zu bringen ist nicht nur verantwortungslos, sondern auch scheinheilig: Waffen sind und werden niemals wertfreie Handelsobjekte sein. Waffenhandel ist und bleibt vielmehr ein unfairer und skrupelloser Handel: Während Rüstungslieferungen weiteres Elend und Tod in die Krisenregionen dieser Erde bringen, steigert eine kleine Gruppe aus lokalen Machthabern und Waffenhändlern ihre Profite.

Die oft allein an Gewinnstreben orientierten Rüstungsexporte setzen einen unseligen Mechanismus in Gang: Rüstung provoziert Gegenrüstung, und wertvolle Kapitalressourcen werden absorbiert. Statt Mittel für Entwicklungsprogramme und zur Stärkung der Lebensgrundlagen aufzuwenden, versickern die ohnehin knappen Gelder vieler Entwicklungsländer in einer kräftezehrenden Aufrüstung und teuren Waffenkäufen.

-Entscheidender Faktor in diesem unheilvollen Wechselspiel sind die Waffenhändler und -hersteller: Ihrer allein gewinnmaximierenden Verkaufsphilosophie folgend, beliefern sie alle Konfliktparteien gleichermaßen - ohne Unterschied in Quantität und Qualität der Waffen. Die Folge dieser Strategie ist die Schaffung einer künstlichen Nachfrage und die Ingangsetzung regionaler Rüstungsspiralen. Dieser wechselseitig wirkende Druck von Rüstung und Nachrüstung kostet die sogenannte Dritte Welt jährlich etwa 200 Milliarden Dollar - Geld, das zur Bekämpfung von Not und Hunger dringend gebraucht würde.

Der politische Nutzen dieser Abschreckungsstrategie ist nach dem Ende des Kalten Krieges mehr als fraglich. Was sich im Ost-West-Konflikt noch als taugliches Mittel erwiesen hatte, versagt heute zunehmend in den Regionalkonflikten: Jugoslawien, Somalia und Angola sind Beispiele dafür, daß die Option einer Friedenssicherung durch Diplomatie und freien Handel verspielt worden ist. Mehr denn je ist deshalb die Politik gefordert, Auswege aus dem Teufelskreislauf und Bewältigungsmechanismen für die Vielzahl der eskalierenden Konflikte aufzuzeigen.

Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist ein globales Umdenken. Olof Palme und Willy Brandt haben in ihrer Arbeit für Abrüstung und gleiche Entwicklungschancen bereits den richtigen Weg gewiesen: Rüstungsexportkontrolle ist die bessere Friedenspolitik. Nur durch den Verzicht auf Rüstungsexporte kann der Druck auf die Krisenregionen gemindert werden. Das Register der Vereinten Nationen zum Transfer von Waffen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Aber er reicht nicht aus.

Insbesondere die Legislative muß sich dabei in die Pflicht nehmen lassen. Sie kann dem fälligen Umdenkprozeß den Weg ebnen, indem

- die Kontrolle von Rüstungsexporten verschärft wird
- eine glaubwürdige Rüstungsexportpolitik nicht durch kurzsichtige Überlegungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Devisenbeschaffung verwässert wird und
- die wirtschaftlichen und außenpolitischen Gründe für Rüstungsexporte beseitigt werden.

Für die Zukunft gilt das Ziel: Es muß eine Politik bestimmt werden, die keine Rüstungsexporte mehr genehmigt und ein Klima schafft, daß Waffenlieferungen schlechthin als Geißel der Menschheit ächtet.

(-/20. April 1993/ks/ks)